

Lukas Hirtz  
Sprecher DIE LINKE. Duisburg  
[LukasHirtz@web.de](mailto:LukasHirtz@web.de)  
Mobil: 0176 960 506 11

## **„Duisburg darf nicht Hauptstadt der Zwangsräumungen werden!“**

### **Linke beunruhigt über Zunahme der Zwangsräumungen**

„Wir werden uns nicht damit abfinden, dass die Dramen durch Zwangsräumungen Normalität werden“, erklärt Lukas Hirtz, Sprecher DIE LINKE. Duisburg. „Im Schnitt werden täglich 2 Zwangsräumungen wegen Mietrückständen geräumt. In Duisburg haben gerade die schwächeren Einkommenschichten pro Quadratmeter deutlich höhere Mieten, als besser gestellte Einkommenschichten und zahlen einen um das Vielfache höheren Anteil ihres Einkommens für Miete.

Und in diesem Jahr hatten wir schon zwei große Räumungen, weil der Wohnraum angeblich nicht sicher genug sei. Das zeigt deutlich, dass wir massive Probleme auf dem Wohnungsmarkt haben: Immer mehr Menschen können sich keine angemessene Wohnung mehr leisten. Bei fast allen Zwangsräumungen waren die Wohnungen im Besitz von Immobilienunternehmen. Wohnkonzerne sind profitorientiert, sodass sie entweder die Mieten steigern oder die Pflege des Hauses soweit vernachlässigen, dass es zu Dramen wie auf der Husemannstraße und nun in der Rudolfstraße kommt.“

Am 14.2. mussten über 200 Menschen ihre Wohnungen in der Husemannstraße 1 und 3 verlassen, da der Brandschutz nicht gegeben war. Sie haben bis heute weder Ersatzwohnraum bekommen, noch können sie zurück in ihre Wohnungen. Stadt und Vermieter geben sich gegenseitig die Verantwortung für die langen Verzögerungen der notwendigen Maßnahmen. Am 3.4. wurden in Marxloh 174 Menschen zwangsgeräumt, ebenfalls mit der Begründung mangelnden Brandschutzes. Dem widersprechen Helfer\*innen und Gutachten. Ende des Jahres möchte die Stadt in der Ottostraße wiederum 160 Wohnungen leergezogen haben, um diese zu sprengen.

„Die Stadt kann und muss Gegensteuern, in dem es mehr mieterwohlorientierten Wohnungsbau gibt“, so Hirtz weiter „das bedeutet: die Stadt sollte statt günstigen Wohnraum in der Ottostraße massenhaft zu zerstören, Häuser aufkaufen und sanieren. Dazu kann sie die Fördergelder des Stadtumbau West nutzen, aber auch mit der Gebag Projekte für günstigen Wohnraum entwickeln. Außerdem muss der genossenschaftliche Wohnungsbau gefördert werden.“